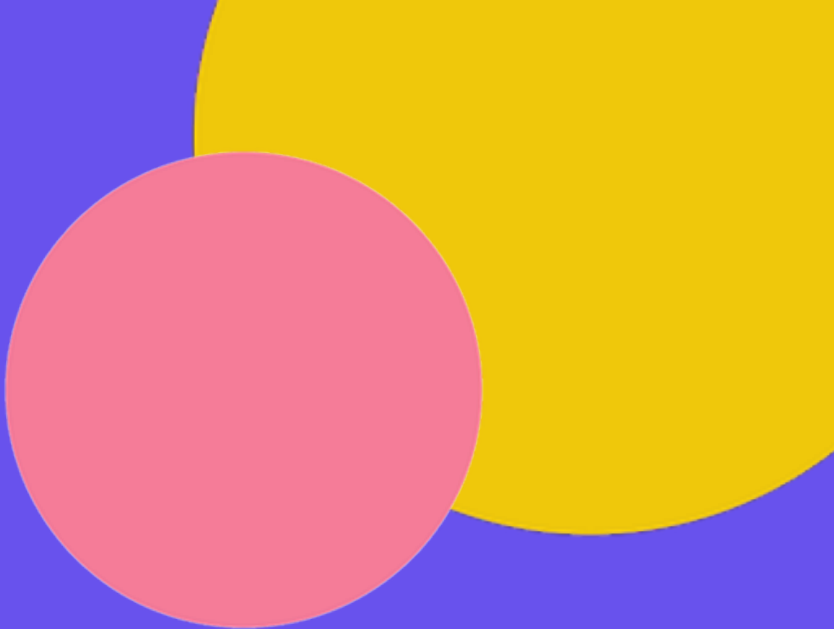




Österreichische Jugendkonferenz 2026 **FORDERUNGEN**

Einleitung

Bei der Jugendkonferenz 2026 vom 10. bis 12. Juni in St. Pölten setzten sich über 60 junge Menschen aus Österreich und Südtirol mit dem Thema Social Media auseinander.

Sie diskutierten, wie digitale Räume gestaltet sein müssen, damit junge Menschen sich sicher einbringen können und demokratischer werden. Im Fokus standen die Auseinandersetzung mit Fake News, Algorithmen und Datenschutz, die Förderung psychischer Gesundheit im Zusammenhang mit der Nutzung von Sozialen Medien, sowie die Verantwortung von Plattformen, sichere und inklusive digitale Räume zu schaffen.

Am letzten Tag der Konferenz präsentierten und diskutierten die Teilnehmenden ihre Forderungen mit Politiker*innen und Vertreter*innen der Verwaltung.

In diesem Dokument finden sich alle erarbeiteten Ideen und Forderungen der Teilnehmenden.



Die Forderungen im Überblick



MEDIENBILDUNG

- Schulfach Medienbildung einführen
- Lehrplan überarbeiten
- Außerschulische Medienbildung stärken
- Eltern mehr in die Pflicht nehmen



PSYCHISCHE GESUNDHEIT

- Zugang zu Schulpsycholog*innen ausbauen
- Therapie- und Beratungsstellen für alle jungen Menschen



SOCIAL MEDIA PLATTFORMEN

- Verbotene Inhalte stärker sanktionieren
- Einfache und wirksame Meldemechanismen schaffen
- Strengere Datenschutzregeln durchsetzen
- Transparenz und Kontrolle über Algorithmen erhalten
- Süchtig machende Funktionen deaktivierbar machen

SOCIAL MEDIA VERBOT

- kein pauschales Social Media Verbot
- es braucht mehr Begleitmaßnahmen

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

- mehr KI-Regulierung und Kennzeichnung von KI

Medienbildung

Viele unserer Forderungen zielen auf eine stärkere Vermittlung von Wissen und Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien ab.

Medienbildung soll dabei nicht nur junge Menschen erreichen, sondern für alle zugänglich sein, insbesondere auch für Eltern.

Medienbildung sollte sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen Jugendarbeit verankert sein und möglichst früh beginnen. So kann bereits beim Einstieg in Soziale Medien ein Bewusstsein dafür entstehen, wie sich Fake News und Desinformation erkennen und einordnen lassen.

Schulfach Medienbildung einführen

- Das Fach Medienbildung sollte spätestens ab der Unterstufe eingeführt werden.
- Es sollte praxisorientiert und projektbezogen sein. Digitale Themen sollen kreativ über Theater, Kunst, Projekte und Workshops bearbeitet werden.
- Das Fach muss sich jedenfalls mit Aufklärung zu Datenumgang und -schutz, Umgang mit KI, Meinungsbeeinflussung und mündiges politisches Handeln beschäftigen.
- Es sollten Peer-Systeme an Schulen etabliert werden: Jugendliche sollen als Multiplikator*innen ausgebildet werden und andere Jugendliche unterstützen („Media Networker“).

Lehrplan überarbeiten

- Medienbildung soll als fester Bestandteil im Lehrplan verankert werden.
- Lehrkräfte aller Schultypen (inkl. Berufsschulen) sollten verpflichtend Weiterbildungen zu Medienbildung absolvieren. Denn Medienbildung muss fächerübergreifend verstanden werden. Diese Weiterbildungen sollten auch das Thema psychische Gesundheit im Kontext von Mediennutzung abdecken.
- Bis zur flächendeckenden Umsetzung sollten alle Schulen externe Expert*innen einbinden und Workshops zu Medienbildung anbieten.

Außerschulische Medienbildung stärken

- Auch in Jugendorganisationen soll die Durchführung von Workshops zu Medienbildung finanziell unterstützt werden.
- Informations- und Beratungsstellen zu digitaler Mediennutzung sollen niederschwelliger zugänglich sein.

Eltern mehr in die Pflicht nehmen

Kinder sollten schon im frühen Alter vor übermäßiger Bildschirmzeit geschützt werden. Eltern spielen eine zentrale Rolle als Vorbilder und Begleiter*innen im Umgang mit Sozialen Medien. Sie sollten daher selbst über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um ihre Kinder verantwortungsvoll zu unterstützen.

- Eltern sollen zu Weiterbildungen zu Medienkompetenz verpflichtet werden (etwa im Rahmen von Elternabenden).
- Beratungsstellen für Eltern sollen finanziell unterstützt werden und einfach zugänglich sein.
- Um möglichst viele Eltern zu erreichen, soll es Kampagnen für einen verantwortungsvollen Umgang mit Sozialen Medien geben.
- Kinder dürfen nicht ohne ihr ausdrückliches Einverständnis im Internet gezeigt werden. Kinder haben - ebenso wie Erwachsene - ein gesetzliches Recht am eigenen Bild.

Psychische Gesundheit

Die übermäßige Nutzung Sozialer Medien kann sich negativ auf die psychische Gesundheit junger Menschen auswirken. Auch negative Erfahrungen (Cybermobbing, sexuelle Belästigung, etc) wirken sich oft direkt auf die psychische Gesundheit junger Menschen aus.

Um die psychische Gesundheit und die Resilienz junger Menschen zu stärken, fordern wir mehr gezielte Angebote und einfachen Zugang zu Therapie- und Beratungsstellen sowohl im analogen als auch im digitalen Raum.

Zugang zu Schulpsycholog*innen ausbauen

- Es braucht mehr Schulpsycholog*innen an allen Schulen (inkl. Berufsschulen)
- Der Zugang zu Schulpsycholog*innen soll anonym und einfach sein.
- Jede*r Schüler*in soll mindestens 1x/Jahr ein verpflichtendes Gespräch mit einer Schulpsychologin oder einem Schulpsychologen haben.

Therapie- und Beratungsstellen für alle jungen Menschen

- Es soll Gratis-Therapieangebote für alle jungen Menschen geben (auch vorbeugend).
- Therapie- und Beratungsstellen sollen dort verfügbar sein, wo junge Menschen sind, z. B. in Schulen, Jugendzentren oder Betrieben.
- Digitale Beratungsangebote sollen ausgebaut werden, um junge Menschen dort zu erreichen, wo sie sich aufhalten.
- Im Rahmen der Gesundenuntersuchung könnte ein psychologisches Gespräch hinzugefügt werden.
- Social Media Plattformen sollen direkte Links zu Help-Seiten und Beratungsangeboten integrieren, z. B. zu Krisenhotlines oder psychologischen Hilfsangeboten.
- Bei allen Angeboten darf auf Lehrlinge, arbeitende junge Menschen und Menschen mit Behinderungen nicht vergessen werden.

Social Media Plattformen

Einig waren wir uns auch darüber, dass digitale Plattformen strenger reguliert und bei Verstößen zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Auf digitalen Plattformen braucht es mehr Transparenz zu gesammelten Daten und dem eigenen Nutzungsverhalten. Süchtig machende Funktionen wie endloses Scrollen oder Push-Nachrichten sollen eingeschränkt werden und besserer Kinderschutz gewährleistet werden. Die EU soll hier für strenge Gesetze und Sanktionen bei Verstößen sorgen.

Verbotene Inhalte stärker sanktionieren

- Stärkere Sanktionen für digitales Fehlverhalten, z. B. Hasskommentare, Cybermobbing, Belästigung, Verbreitung illegaler Inhalte oder absichtliche Verbreitung von Desinformation.
- Kontrollen der Exekutive (z. B. Polizei) verschärfen, damit verbotene Inhalte bestmöglich entfernt werden.
- Plattformen sollen Falschinformationen entfernen bzw. richtigstellen.
- Werbung, Fake News und KI-generierter Content müssen klar gekennzeichnet sein.
- Kinder dürfen nicht ohne ihr ausdrückliches Einverständnis im Internet gezeigt werden. Monetarisierung von Fotos von Kindern verbieten.
- Die Europäische Union hat viele der oben (sowie unten) genannten Forderungen in ein Gesetz geschrieben: den Digital Services Act. Die EU-Kommission sollte sicherstellen, dass der Digital Services Act konsequent umgesetzt wird.

EU - Digital Services Act

Das ist ein EU-weites Gesetz, das für ein sichereres und faireres Internet sorgt. Das Grundprinzip lautet: Was in der echten Welt verboten ist, ist auch im Internet illegal. Die Plattformen stehen in der Pflicht, aktiv gegen Gesetzesverstöße vorzugehen.

Einfache und wirksame Meldemechanismen schaffen

- Alle digitalen Plattformen müssen standardisierte, leicht bedienbare Meldebuttons für diskriminierende Inhalte und Desinformation einführen.
- Meldungen von Nutzer*innen müssen von den Plattformen schneller geprüft werden.
- Es braucht klare Konsequenzen, wenn Meldungen von den Plattformen nicht bearbeitet werden.
- Trusted Flagger sollen nachhaltig finanziert werden.

Trusted Flagger

Das sind unabhängige, zertifizierte Organisationen, die illegale Inhalte melden.

Strengere Datenschutzregeln durchsetzen

- Wir wollen selbst bestimmen können, welche unserer Daten von den Plattformen gesammelt und genutzt werden.
- Die Erhebung von Daten von Kindern und Jugendlichen ist auf das notwendigste Mindestmaß zu beschränken. Entwicklungs- und Nutzungsdaten von jungen Menschen sollen nach festgelegten Zeiträumen automatisch gelöscht werden.
- Plattformen dürfen keine unbegrenzte Datenspeicherung betreiben.
- Plattformen sollen verständlich und transparent kommunizieren, welche Daten sie wie verwenden.
- Idee: Transparenzbericht („Social Media Wrapped“): Nutzer*innen sollen jährlich eine verständliche Auswertung von den Plattformen erhalten, welche ihrer Daten gesammelt wurden und wie die Plattformen sie genutzt haben.
- Es braucht strengere Regeln bei der Weitergabe persönlicher Daten an Dritte.
- Eine End-to-End-Verschlüsselung soll verpflichtend eingeführt werden.
- Das Standort-Tracking soll eingeschränkt werden.

End-to-End-Verschlüsselung

Nachrichten oder Daten werden auf dem Gerät der Absenderin/des Absenders unlesbar verschlüsselt und erst auf dem Gerät der Empfängerin/des Empfängers wieder entschlüsselt. Auf dem gesamten Übertragungsweg (inklusive Servern von Plattformen) sind die Inhalte durchgehend geschützt und für Unbefugte nicht einsehbar.

Transparenz und Kontrolle über Algorithmen erhalten

- Algorithmen und Funktionsweisen der Algorithmen sollten offengelegt werden.
- Wir wollen in Echtzeit nachvollziehen können, warum uns bestimmte Inhalte angezeigt werden.

Algorithmus

Das ist ein Rechenprogramm, das entscheidet, welche Inhalte in unserem Feed erscheinen. Ziel ist eine möglichst lange Nutzungsdauer, nicht das Wohlbefinden.

Süchtig machende Funktionen deaktivierbar machen

- Plattformen sollen uns Nutzer*innen die Möglichkeit geben, süchtig machende Funktionen in den Einstellungen zu deaktivieren.
- Wir wollen selbst entscheiden können, ob wir einen chronologischen oder einen algorithmisch sortierten Feed haben wollen.
- Wir wollen die Option haben nur von uns selbst ausgewählten Accounts zu folgen.
- Es soll einen Themenfilter geben, um selbst zu bestimmen, welche Inhalte wir sehen wollen.
- Eltern sollen Filterfunktionen nutzen können, um zu bestimmen, welche Inhalte ihre Kinder sehen.
- Es sollen digitale Unterstützungstools entwickelt werden: Zum Beispiel ein neutraler Bot, der Jugendlichen hilft, Social Media bewusster nach den eigenen Bedürfnissen einzustellen und zu nutzen.

Süchtig machende Funktionen

Soziale Medien nutzen psychologische Tricks. Sie wollen, dass wir unser Handy möglichst nicht mehr aus der Hand legen. Sie bauen Funktionen ein, die im Gehirn ein Belohnungsgefühl auslösen. Dadurch können die Plattformen unsere Aufmerksamkeit länger behalten und mehr Geld verdienen. Beispiele sind: Endlos-Scrollen, Push-Nachrichten, Autoplay, zeitliche Verknappung (z. B. Streaks).

Social Media Verbot

Über die Pläne Social Media für jüngere Jugendliche zu verbieten, wie es die österreichische Bundesregierung oder die EU aktuell diskutieren, wurde von den Teilnehmenden (15- bis 29-jährig) auf der Jugendkonferenz kontrovers diskutiert:

- Einige finden es gut, wenn die Nutzung von Sozialen Medien für unter 14-jährige verboten wird. Denn dadurch würden die Jüngsten vor den manipulativen Plattformen geschützt werden.
- Andere meinten, dass Social Media ein Ort für Vernetzung ist, wo man Nachrichten konsumiert, politische Meinungen bildet und sich gesellschaftlich engagiert. Unter-14-Jährige würden im Falle eines Verbots aus diesen Räumen ausgeschlossen werden.
- Statt bestimmte Plattformen ganz zu verbieten, sollen bestimmte Funktionen altersabhängig eingeschränkt werden. Ein reines Verbot könnte dazu führen, dass junge Menschen darin einen Anreiz sehen, dann erst recht auf Social Media zu sein.
- Es soll eine einheitliche Regelung auf EU-Ebene geben.
- Einschränkungen und Verbote müssen immer in Kombination mit Medienbildung und Begleitmaßnahmen erfolgen (siehe Seite 4).
- Es braucht eine konsequentere Regulierung der Plattformen (siehe Seite 7).
- Das Alter der Nutzer*innen soll über eine sichere Altersverifizierungs-App (z. B. ID Austria) geprüft werden. Die Plattformen dürfen keine persönlichen Daten bekommen!
- Eine offene Klarnamenpflicht wird strikt abgelehnt. Eine verdeckte Klarnamenpflicht kann diskutiert werden.

Offene Klarnamenpflicht

Nutzer*innen müssen ihren echten Namen öffentlich sichtbar in ihrem Profil angeben.
Nachteil: Viele Menschen (z. B. Aktivist*innen oder Betroffene von Mobbing) brauchen Anonymität, um sich sicher zu äußern.

vs.

Verdeckte Klarnamenpflicht

Nutzer*innen müssen ihren echten Namen nur der Plattform nachweisen (z.B. per Ausweis), aber dieser wird nicht öffentlich angezeigt.
Vorteil: Das könnte helfen Hasskommentare oder Fake-Accounts zu reduzieren.

Künstliche Intelligenz

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) wurde bei der Jugendkonferenz nur am Rande behandelt. Aber auch hierzu gab es Forderungen, vor allem in Richtung der stärkeren Regulierung von KI-Anwendungen.

Die Teilnehmenden finden, dass es klare Regeln für die Entwicklung und den Einsatz von KI-Technologien braucht und KI-Inhalte sichtbar gekennzeichnet werden müssen.

- Künstliche Intelligenz-Anwendungen sollen stärker reguliert werden. Es braucht klare Regeln für die Entwicklung und den Einsatz von KI-Technologien.
- KI-generierte Inhalte sollen gekennzeichnet werden (z.B. mit einem digitalen Wasserzeichen).
- Betroffene sollen die Möglichkeit haben, ihre Rechte bei Missbrauch oder Schaden durch KI-Systeme einzuklagen.
- KI-Systeme sollen energieeffizienter und umweltfreundlicher gestaltet werden.
- Das EU-Gesetz zur künstlichen Intelligenz soll umgesetzt und weiterentwickelt werden.